

## **Antrag**

der AfD-Fraktion

### **Schuldenübernahme stoppen - Der deutsche Steuerzahler haftet nicht für die Geschäftsrisiken von Banken in Griechenland**

#### **Der Landtag möge beschließen:**

Die Landesregierung setzt sich auf allen ihr möglichen Ebenen dafür ein, dass die als „Griechenland-Rettung“ getarnten Hilfspakete für Banken gestoppt werden.

#### **Begründung:**

Die Eurorettungspolitik im Allgemeinen und die Hilfspakete für Griechenland im Speziellen lösen keines der Probleme, die die aufgrund des starren Einheitseuro nicht mehr wettbewerbsfähigen und verschuldeten südeuropäischen Länder haben.

Einer Studie der Berliner Hochschule ESMT zufolge sind die seit 2010 an Griechenland geflossenen „Milliardenhilfen“ fast vollständig internationalen Kreditgebern und Banken zugutegekommen.

Nur 9,7 Milliarden Euro und damit weniger als fünf Prozent der 215,9 Milliarden Euro, mit denen Griechenland im Rahmen der ersten beiden Rettungsprogramme unterstützt wurde, wurden nicht für den Schuldendienst oder Bankenrekapitalisierung verwendet.

Es ist nicht hinnehmbar, dass der Steuerzahler für die Geschäftsrisiken von Banken haftet und den griechischen Schuldenkreislauf weiter befeuert.

Dr. Alexander Gauland  
für die AfD-Fraktion